

Gastkolumne von Ulla Jelpke
Einladung für Populisten

Die Sommerloch-Debatte um den Umgang mit gefährlichen Sexualstraftätern ist eine Einladung für Populisten, sich mit absurden und autoritären Vorstellungen zu Wort zu melden. Von seriöser politischer Arbeit keine Spur. Immerhin ist das Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshof schon im vorigen Dezember ergangen, seither wäre Zeit gewesen, es umzusetzen. Doch stattdessen muss sich die Bundesjustizministerin von Scharfmachern wie Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) vorwerfen lassen, "ohne Not" die Sicherheit der Bürger aufgeben zu wollen. "Ohne Not"? Immerhin liegt, wie gesagt, ein gültiges Gerichtsurteil vor. Und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) will ja keineswegs die Sicherungsverwahrung aufheben, sie will sie nur rechtsstaatskonform gestalten. Und Rechtsstaat, das heißt unter anderem: Man kann Gesetze ändern, auch verschärfen, aber man darf sie nicht rückwirkend auf bereits Verurteilte anwenden. Und es muss eine Entlassungsperspektive geben. Zugleich versucht die FDP-Ministerin an der Populismusfront zu punkten, indem sie elektronische Fußfesseln vorschlägt - als ob die tatsächlich Straftaten verhindern könnten.



Von einigen derer, die ihre Strafen verbüßt haben, mag weiterhin Gefahr ausgehen, aber von der Mehrheit nicht. Unter Kriminologen wird eingeschätzt, dass Sicherungsverwahrung in bis zu 90 Prozent der Fälle "unnötig", d. h. zu Unrecht, verhängt wird. Wie ernst der bürgerliche Staat seine eigenen Menschenrechtsversprechen nimmt, zeigt sich auch daran, wie er mit jenen Menschen umgeht, die zu den am meisten verachteten der Gesellschaft gehören. Für Sexualstraftäter muss das gleiche Recht gelten wie für andere Straftäter auch. Statt dieses simple Gebot zu befolgen, ruft Bundesinnenminister Thomas de Maizière nun nach einer Ersatz-Haft, die er "Sicherungsunterbringung" nennt. CSU-Herrmann sekundiert: "Hier geht es nicht um Strafe, sondern um den Schutz der Bürger." Egal, wie diese "Unterbringung" aussieht, Vorläufer für dieses Konzept gibt es längst: Es heißt Schutzhaft. Hauptsache weggesperrt, Hauptsache Repression: Das ist ohnehin das Credo der Bundesregierung. Der Menschenrechtsgerichtshof hat hier einen Kontrapunkt gesetzt. Das würde theoretisch die Chance bieten, den Blick wieder mehr auf die Möglichkeiten von Resozialisierung, Therapie und Heilung zu richten - Begriffe, die fast völlig aus der Debatte herausgehalten werden, und die fällige Reformen im Justizvollzug verdeutlichen.

Ulla Jelpke ist Innenpolitische Sprecherin der Fraktion "Die Linke" im Bundestag.

 zurück

Artikel versenden